

Schlager, Katja
Söllig, Corinna

Bildungszentrum
Moderatorin

Protokollführer

Strohhäcker, Michael

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Kloke, Paul

SPD

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)
5. Pflichtenbelehrung ehrenamtlich Tätiger gemäß § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)
6. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
- 6.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
- 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
7. Sachstand Ukraine
 - Bericht des Bildungszentrums
 - Bericht des Jobcenters
8. Finanzierung Umbau RVZ Gebäude in Baddeckenstedt, Antrag auf anteilige Kostenübernahme
Vorlage: XIX-0207/2022
9. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - Teilhaushalt Arbeit u. Soziales (50)
Vorlage: XIX-0204/2022/3
10. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
11. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Eisenbarth eröffnet um 18:34 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Frau Eisenbarth heißt insbesondere die beiden neuen Ausschussmitglieder, Frau Arndt und Herrn Sabisch, willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Frau Eisenbarth stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Frau Eisenbarth stellt die Tagesordnung fest. Änderungsanträge liegen nicht vor und werden nicht gestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit (§§ 23, 5d GO)

Frau Eisenbarth weist darauf hin, dass Herr Glier bei der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit anwesend war, sich jedoch im vorliegenden Protokoll nicht in der Liste der Anwesenden findet. Das Protokoll sei dahingehend zu ändern. Frau Eisenbarth regt an, auf einen erneuten Versand des Protokolls zu verzichten. Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll vom 01.09.2022 über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit am 30.08.2022 wird mit der Änderung genehmigt, dass Herr Glier während der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit unter den Anwesenden war. Auf einen erneuten Versand des Protokolls wird verzichtet.

Herr Müller nimmt ab 18:38 Uhr an der Sitzung teil

TOP 5 Pflichtenbelehrung ehrenamtlich Tätiger gemäß § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) - siehe Anlage -

Herr Retzki nimmt die Belehrung der Frau Arndt im Sinne des § 43 NKomVG vor.

TOP 6 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 6.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Frau Wagner-Judith trägt eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Hintergrund der Anfrage sei die problematische Situation, der sich insbesondere neu im Landkreis Wolfenbüttel ansässige Familien mit Kindern angesichts des geringen Angebotes an Kinderärzten gegenübersehen. Oftmals würden Hilfesuchende aufgrund von „Aufnahmestopps“ abgewiesen; notwendige Vorsorgeuntersuchungen könnten teils nicht stattfinden. Auch der Versuch, außerhalb des Landkreisgebietes kinderärztliche Versorgung zu erlangen, schlage oft fehl beziehungsweise führe zu dem Problem, beispielsweise kranke Kinder über eine längere Strecke mit Öffentlichen Verkehrsmitteln transportieren zu müssen. Außerdem könne bei geflüchteten Familien der Übersetzungspool der Diakonie nur Dolmetscher in Wolfenbüttel zur Verfügung stellen, so dass deren Dienste bei Arztbesuchen außerhalb Wolfenbüttels nicht genutzt werden könnten.

Ausgehend davon formuliert Frau Wagner-Judith folgende Anfrage:

- Kann das Gesundheitsamt im Notfall Vorsorgeuntersuchungen für Familien, die keine entsprechenden Termine finden, übernehmen?
- Was kann der Landkreis tun, um die Situation zu verbessern? Kann das Gesundheitsamt Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung aufnehmen, um auf die Situation hinzuweisen?
- Im Jahr 2019 gab es eine gemeinsame Aktion mit dem Gesundheitsamt und mehreren Migrationsberatungsstellen von Stadt und Landkreis, um die Ärzte zu sensibilisieren. Könnte man solche Aktionen wiederholen?

Frau Steinbrügge macht deutlich, dass diese Fragen im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zu beantworten seien.

Frau Eisenbarth liegt ein Antrag auf Gewährung einer Kreiszuwendung des Braunschweiger Aidshilfevereins vor, der sich nicht in der Zuschussauflistung zum Teilhaushalt 50 wiederfindet. Frau Eisenbarth fragt nach, ob dieser Antrag in einem anderen Ausschuss aufgenommen wurde.

Laut Frau Steinbrügge wäre dieser Antrag ebenfalls im Fachausschuss Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zu verorten; Mittel müssten sich im entsprechenden Teilhaushalt wiederfinden, sofern es zu einer Bewilligung gekommen sei. Herr Glier teilt mit, dass nach seiner Kenntnis in diesem Zusammenhang Mittel im Teilhaushalt Sicherheit, Ordnung und Gesundheit für 2023 vorgesehen seien.

Auf Nachfragen von Frau Resch-Hoppstock und Herrn Glinka bezüglich der seitens der Grotjahn-Stiftung in Schladen angebotenen Pflegegrundkurse führt Frau Bender aus, dass derzeit 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschult würden und das Angebot auch in Zukunft aufrechterhalten werden soll. Hinsichtlich der Frage, ob auch Fahrtkosten der Kursteilnehmer seitens des Landkreises bezuschusst werden könnten, sagt Frau Bender eine Klärung zu. Allerdings seien hier noch weitere Informationen dahingehend einzuholen, bei welchen Teilnehmern im Einzelnen überhaupt Bedarfe entstehen und in welchem Umfang.

TOP 7 Sachstand Ukraine
- Bericht des Bildungszentrums
- Bericht des Jobcenters

Frau Schlager und Herr Vogel informieren jeweils anhand einer Präsentation (Anlagen 1 und 2 zu TOP 7 dieses Protokolls) über den aktuellen Sachstand aus Sicht des Bildungszentrums und des Jobcenters.

Herr Vogel weist auf Nachfrage des Herrn Müller hinsichtlich der Chancen Geflüchteter auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt darauf hin, dass diese entscheidend von der Überwindung sprachlicher Barrieren abhängig seien. Insofern liege hier auch das Hauptaugenmerk der Arbeit des Jobcenters. Ein Mittel sei in diesem Zusammenhang beispielsweise der Versuch einer Vermittlung an Arbeitgeber, die bereits Geflüchtete beschäftigen.

TOP 8 Finanzierung Umbau RVZ Gebäude in Baddeckenstedt, Antrag auf anteilige Kostenübernahme
Vorlage: XIX-0207/2022

Mit Hilfe einer Präsentation (Anlage zu TOP 8 dieses Protokolls) umreißt Herr Retzki den aktuellen Sachstand zum Regionalen Versorgungszentrum und erläutert den in der Sitzungsvorlage XIX-0207/2022 enthaltenen Beschlussvorschlag.

Frau Wagner-Judith, Frau Otte-Kotulla, Herr Hensel, Herr Glier und Herr Müller kritisieren angesichts der Steigerung der Kosten des Umbaus des regionalen Versorgungszentrums die dem Vorhaben vorausgegangene Kostenplanung. Sie verbinden dies mit dem Wunsch, hier in ähnlichen Fällen zukünftig sorgfältigere Planungen anzustellen. Das Vorhaben als Solches würde aber von den jeweiligen Fraktionen unterstützt.

Herr Retzki nimmt die Kritik an, verweist aber in diesem Zusammenhang auch auf den zeitlichen Druck, unter dem das Vorhaben zu planen gewesen sei. Darüber hinaus gingen die Kostensteigerungen nicht nur auf Unschärfen in der Planung zurück, sondern seien zum Teil auch Folge marktbedingter Kostenerhöhungen, unter denen das Baugewerbe ganz allgemein seit einiger Zeit litt. Auf Nachfrage stellt Herr Retzki in diesem Zusammenhang klar, dass nach Einreichen des Bauantrages bei der Baugenehmigungsbehörde von dort keine weiteren baulichen Auflagen zu erwarten seien, die zu wesentlichen Kostensteigerungen führen würden. Herr Retzki macht weiterhin deutlich, dass die mit der Sitzungsvorlage beantragten Mittel dem Haushalt 2023 zur Last fielen. Seiner Kenntnis nach wird die zweite „Hälfte“ der Gesamtkosten durch die Samtgemeinde Baddeckenstedt getragen werden; ein entsprechender politischer Beschluss soll dort ebenfalls herbeigeführt werden. Abschließend macht Herr Retzki auf Nachfrage deutlich, dass die nun erheblich höheren Umbaukosten jedoch auch mit einer erheblichen Wertsteigerung des Objektes einhergingen. Im Übrigen sei auch nicht mit höheren Fördermitteln seitens des Landes zu rechnen gewesen, wenn von Anfang an höhere Herstellungskosten angemeldet worden wären. Insofern komme auch die „Nachbewilligung“ von Fördermitteln aufgrund gestiegener Baukosten nicht in Betracht.

Herr Glier beantragt, in der laufenden Sitzung noch keine Beschlussempfehlung abzugeben, sondern die Sache zunächst zur Beratung in die Fraktionen zu geben. Dem Kreisausschuss stehe es danach frei, gegenüber dem Kreistag eine entsprechende Beschlussempfehlung abzugeben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XIX-0207/2022 wird zur Beratung in die Fraktionen gegeben. Dem Kreisausschuss steht es frei, dem Kreistag gegenüber eine Beschlussempfehlung abzugeben.

**TOP 9 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2023 - Teilhaushalt Arbeit u. Soziales (50)
Vorlage: XIX-0204/2022/3**

Frau Bender stellt anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 9 des Protokolls) die Eckpunkte des Teilhaushalts Arbeit und Soziales (50) vor. Sie geht dabei im Bereich der freiwilligen Zuschüsse auf die Ergänzungen zur Förderung des Projektes „SegensReich“ ein, die dem Gremium auch zusätzlich schriftlich vor Beginn der Sitzung zugänglich gemacht wurden.

Frau Wagner-Judith verlässt um 19:58 Uhr die Sitzung.

Im Hinblick auf das im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse unterstützte Projekt „SegensReich“ bittet Frau Otte-Kotulla um Erläuterung, in welcher Höhe das Projekt in den Folgejahren, also ab 2024, voraussichtlich bezuschusst werden wird und ob es schon Planungen hinsichtlich der Finanzierung nach Auslaufen der Bezuschussung durch das Land Niedersachsen im Jahr 2027 gibt.

Frau Bender macht deutlich, dass sie zunächst mit der „üblichen“ Erhöhung des Zuschusses um jährlich 2 % rechne. Darüber hinaus gäbe es noch keine Planungen, wie ab 2027 weiter verfahren wird. Frau Steinbrügge wirft an dieser Stelle ein, es liege zunächst auch im Verantwortungsbereich des Projektträgers, hier Vorschläge zu machen.

Herr Glier weist angesichts der Haushaltslage darauf hin, dass auch im Bereich der freiwilligen Zuschüsse geprüft werden müsse, ob die Bewilligungspraxis der angespannten Situation noch gerecht wird.

Frau Steinbrügge stimmt dem grundsätzlich zu, macht aber auch deutlich, dass diese Zuschüsse durchaus planvoll eingesetzt werden und wichtigen sozialen Zielen dienen. Die Reduzierung dieser Zuschüsse stelle eine große Herausforderung dar, insbesondere wenn keine pauschalen Kürzungen angesetzt, sondern eine Überprüfung anhand sachgerechter Kriterien erfolgen soll. Da die freiwilligen Zuschüsse aufgrund politischen Willens ins Leben gerufen wurden, zeigt sich Frau Steinbrügge auch Anregungen aus der Mitte des Gremiums zu einer zukünftigen Bewilligungspraxis gegenüber offen.

Herr Hense weist ebenfalls darauf hin, dass die bezuschussten Dienstleistungen oder Maßnahmen äußerst hilfreich seien, um soziale Spannungen zu vermeiden. Darüber hinaus sei der geplante Aufwand in diesem Bereich, angesichts der allgemeinen Kostensteigerung beispielsweise bei Energie- und Personalkosten, als noch moderat anzusehen. Schließlich dürften Einsparmöglichkeiten auch nicht lediglich bei freiwilligen Ausgaben gesucht werden, sondern im gesamten Haushalt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr. XIX-0204/2022/3 wird, einschließlich der Ergänzungen zum Projekt „SegensReich“, zur Kenntnis genommen.

TOP 10 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Frau Steinbrügge informiert darüber, dass am 03.12.2022 mit dem „Kontaktbüro Energie“ ein Beratungsangebot der Stadt Wolfenbüttel seine Arbeit aufnimmt, welches auch vom Landkreis, dem Jobcenter, den Stadtwerken, und, je nach Möglichkeit, auch von den Gemeinden, unterstützt wird. Es handelt sich dabei um eine „erste Anlaufstelle“ für Bürgerinnen und Bürger, die Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Energiekrise suchen. Gegebenenfalls soll dann im Rahmen der Beratung auch an andere Beratungs- oder Hilfemöglichkeiten verwiesen werden.

Frau Bender greift eine Anregung von Frau Resch-Hoppstock aus der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit zur Erstellung eines „Pflwegewegweisers“ auf und teilt mit, dass diesbezüglich erste verwaltungsinterne Gespräche stattgefunden hätten. Danach sei Übereinstimmung dahingehend erzielt worden, dass die Federführung in dieser Sache zukünftig beim Gesundheitsamt im Tätigkeitsbereich Gesundheitsregion liegen wird. Erste Vorarbeiten hätten im Gesundheitsamt bereits stattgefunden, allerdings müsse die hierfür vorgesehene Stelle zunächst erst neu besetzt werden, bevor weitere Ergebnisse zu erwarten seien.

Darüber hinaus informiert Frau Bender über die Besetzung der neuen Stelle einer Pflegefachkraft im Amt für Soziales, die zukünftig vornehmlich im Aufgabenbereich der Heimaufsicht unterstützend tätig sein wird. Darüber hinaus stellt Frau Bender die Erstellung des örtlichen Pflegeberichtes für nächstes Jahr in Aussicht.

Auf Nachfrage von Herrn Müller stellt Frau Bender dar, dass die personelle Situation im Amt für Soziales weiterhin angespannt ist. Während in manchen Bereichen Stellen wiederbesetzt werden konnten, blieben andere Stellen auch weiterhin unbesetzt. Ausfälle durch langfristige Erkrankungen treten hier noch verschärfend hinzu.

TOP 11 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Frau Eisenbarth bedankt sich bei allen Anwesenden für die Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr 2022 und wünscht allen frohe Festtage. Sodann schließt Frau Eisenbarth um 20:28 Uhr die Sitzung und verabschiedet sich von den Anwesenden.

Bettina Eisenbarth
(Vorsitzende)

Bernd Retzki
(Dezernent IV)

Michael Strohacker
(Protokollführer)